

**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**— Verein für Socialpolitik —**

Vorsitzender: Prof. Dr. Ernst Helmstädter, Universität Münster

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Herbet Hax, Univesität Köln

Schatzmeister: Dr. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dipl.-Vw. Friedrich Aumann, Universität  
Münster

Geschäftsstelle: Alter Fischmarkt 21, D-4400 Münster, T (02 51) 83 29 44

## Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

### Theoretischer Ausschuß

Die diesjährige Frühjahrstagung des Theoretischen Ausschusses fand vom 28. 2. - 3. 3. 1983 in Disentis/Schweiz unter dem Generalthema „Inflation und Beschäftigung“ statt. Abgesehen von zwei abendlichen Kamingesprächen wurden die Referate und Diskussionen jeweils vormittags abgehalten, so daß den Mitgliedern ausreichend Gelegenheit verblieb, sich sportlichen Aktivitäten zu widmen bzw. in persönlichen Gesprächen Kontakte zu pflegen und einzelne Probleme vertiefend zu diskutieren.

Die große Spannweite und Aktualität des gewählten Generalthemas veranlaßte die Mitgliederversammlung, auch auf der nächsten Tagung des Theoretischen Ausschusses im Frühjahr 1984 schwerpunktmäßig die mikro- und makroökonomischen Fragen der Beschäftigungs- und Inflationsproblematik zu behandeln.

Im einzelnen wurden in zeitlicher Reihenfolge die folgenden Referate gehalten und ausführlich diskutiert:

Prof. Dr. *Volker Böhm*, Mannheim: Gleichgewichtstheorie mit Mengenrationierung und Keynesianische Theorie — Eine Synthese.

Ziel der Ausführungen war es, die bekannten mengenrationierten Makro-Modelle durch Einbeziehung von Geld- und Bondsmärkten zu erweitern und damit eine breitere mikroökonomische Fundierung der traditionellen Einkommens-Beschäftigungstheorie zu liefern. Methodisch handelt es sich um einen „überlappenden Generationen-Ansatz“ einer sich im Zeitablauf entwickelnden Wirtschaft mit konstantem Lohnsatz. Wegen der komplexen Modellstruktur konnten die Auswirkungen von Politikmaßnahmen jedoch nur unter stark vereinfachenden Annahmen, die in der Diskussion entsprechen kritisiert wurden, aufgezeigt werden.

Prof. Dr. *Dieter Schmidtchen*, Saarbrücken (als Gast): Fehlschlüsse aufgrund eines verkürzten makroökonomischen Denkens: zu einigen Irrtümern über die Beschäftigungswirkungen von Preisinflexibilitäten in Modellen mit rationalen Erwartungen.

Das zentrale Indiz für ein verkürztes makroökonomisches Denken sah der Referent in der von ihm behaupteten mangelhaften Berücksichtigung bzw. vollständigen Vernachlässigung des Arbeitsmarktes, speziell des Arbeitsangebotes in den Einkommens-Beschäftigungsmodellen mit rationalen Erwartungen. Die dort abgeleiteten Beschäftigungseffekte könnten wegen bestehender Restriktionen am Arbeitsmarkt häufig gar nicht auftreten. Nur durch die systematische Integration von Arbeitsangebot und -nachfrage könnten entsprechende Fehlschlüsse vermieden werden. Diese sehr weitgehende Kritik an den bestehenden Modellen mit rationalen Erwartungen wurde mit dem Hinweis, daß speziell die neueren Varianten dieser Modelle durchaus den Arbeitsmarkt voll integrierten, in der Diskussion stark bestritten.

Prof. Dr. *Ulrich Schlieper*, Mannheim: Unterbeschäftigung bei wachsender Staatsschuld.

Der Referent stellte ein neoklassisches Wachstumsmodell mit konstantem Arbeitsangebot unter Einschluß der staatlichen Budgetrestriktion dar und analysierte verschiedene langfristige stationäre Zustände einschließlich ihrer komparativ statischen Eigenschaften. Abgesehen von der Stabilitätsproblematik zeigte sich, daß steuer- und/oder bondsfinanzierte Staatsausgaben im Gegensatz zu geldfinanzierten Ausgaben langfristig kontraktiv wirken. Ein entscheidendes — auch in der Diskussion angesprochenes und vom Referenten durchaus gesehenes — Problem des gewählten Modellansatzes bestand darin, daß aufgrund der neoklassischen Annahmen das Auftreten von Unterbeschäftigung im eigentlichen Sinne nicht erklärt werden konnte.

PD Dr. *Wolfgang Franz*, Mannheim/Konstanz (als Gast): Untersuchungen zur inflationsstabilen Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland.

Ziel dieser theoretischen und empirischen Arbeit war es zu zeigen, welche Arbeitslosenquote mit einer stabilen (konstanten) Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1965 - 1982 konsistent war. Eine Dreiteilung dieses Zeitraums ergibt eine inflationsstabile Arbeitslosenquote von rd. 1 % von 1974, von rd. 4 % für die Zeit 1975 - 1980 und eine Vermutung für einen weiteren Anstieg für die Jahre 1981/1982, wobei der Referent aus naheliegenden Gründen exogen verursachte Inflationseffekte (z. B. Rohstoffpreiserhöhungen) unberücksichtigt ließ, da solche Preisschübe nicht mit Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollten. Als wesentlichen Faktor für die starke Erhöhung der inflationsstabilen Arbeitslosenquote machte der Referent die Verlangsamung des um konjunkturelle Schwankungen bereinigten Fortschritts in der Arbeitsproduktivität verantwortlich (deren Ursachen selbst aber unklar sind und vom Referenten allenfalls im Bereich der Kapitalbildung vermutet wurden). Wenig umstritten war die These des Referenten, daß — abgesehen von allen sonstigen Bedenken gegen eine nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik — bei einer gegenwärtigen Arbeitslosenquote von rd. 10 % und einer inflationsstabilen von rd. 4 % die Effektivität einer solchen Politik kaum mit dem Argument einer alsbald einsetzenden akzelerierenden Inflation bestritten werden könnte.

Prof. Dr. *Helmut Frisch*, Wien: Die Ölchock-Episode — ein Stagflationsmodell.

Der Referent stellte ein neoklassisch orientiertes Einkommens-Beschäftigungsmodell mit Energie als Produktionsfaktor dar und analysierte die Preisniveau- und Beschäftigungseffekte von Energiepreiserhöhungen bei alternativen Annahmen über die Erwartungs- und Lohnbildung. Umstritten waren die im Modell verwendeten Hypothesen über den Außensektor, speziell die Geldangebotsfunktion. Einigkeit bestand darüber, daß dieses Modell nicht die längerfristigen, sondern nur die kurzfristigen Anstoßeffekte einer Energiepreiserhöhung beschreiben bzw. erklären könnte.

Pof. Dr. *Carl-Christian v. Weizsäcker*, Bern: Inflationsbekämpfung und Wettbewerb.

Speziell aus mikroökonomischer Sicht analysierte der Referent die unterschiedlichen Preis- und Mengenrestriktionen der verschiedenen Marktformen (vollständige Konkurrenz, Monopol, monopolistische Konkurrenz) auf exogene Nachfrage- bzw. Kostenveränderungen. Zentrales Ergebnis war, daß nicht wettbewerbliche, sondern eher monopolistische Märkte wie ein Überwälzungsdämpfer bei exogenen Schocks wirken, was eine an Stetigkeit orientierte Stabilisierungspolitik erleichtern könnte. Im Zentrum der Diskussion stand die (weiterhin offene) Frage der Verbindung dieser doch sehr stark partialanalytischen Sichtweise mit der in den Folgerungen zum Ausdruck gebrachten gesamtwirtschaftlichen Totalanalyse.

Prof. Dr. *Hajo Riese*, Berlin: Monetäre Grundlagen und konjunkturelle Implikationen einer keynesianischen Inflationstheorie.

Ausgangspunkt des Referenten war die These eines Profit-Investitions-Zyklus, die auf der Überlegung basierte, daß Investitionen nicht primär Kapitalakkumulation, sondern als Vermögenstitel eine Form der Aufgabe von Geld darstellen. Damit wurde das portefeuille-theoretische Argument als zentrales Konjunkturerklärungsphänomen in den Vordergrund gerückt. Folgerichtig war für den Referenten das Zusammenspiel von erwarteter Profitrate, realisierter Profitrate und Zinssatz als Prämie der Geldhaltung die entscheidende Erklärung für Entstehen und Ablauf der Konjunktur, da speziell auch nach keynesianischer Argumentation nicht die Kompensation fehlender privater Nachfrage in der Rezession, sondern die Erhöhung der (erwarteten) Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, sprich Profitrate als Stimulans für die konjunkturelle Erholung notwendig wäre. In der Diskussion wurde speziell die fehlende Erklärung für die Größenordnungen und Relationen der genannten drei Variablen hervorgehoben und mehr der taxonomische Charakter der Ausführungen betont.

Die abschließende Generaldiskussion diente einer Bestandsaufnahme über den Erklärungsgehalt der gegenwärtigen Konjunkturtheorie(n). Einigkeit bestand darin, daß es eine zeitunabhängige Konjunkturtheorie nicht geben könne, da jeder Zyklus seine eigenen charakteristischen Merkmale aufweise. Damit rücken institutionelle Änderungen, Wandel von Wertvorstellungen oder allgemein die Veränderungen der üblicherweise als konstant unterstellten Rahmenbedingungen in das Zentrum des Interesses. In diesem Zusammenhang spielt die Erwartungsbildung und deren zeitliche Veränderung als Investitionsdeterminante eine entscheidende Rolle. Es wurde darauf hingewiesen, daß wegen des Fehlens einer Aggregationstheorie für die in individueller Freiheit entscheidenden Wirtschaftssubjekte die makroökonomischen Konjunkturtheorien ohne Mikro-Fundierung und damit weitgehend inhaltsleer

sein. Dem wurde entgegengehalten, daß der Erklärungsanspruch jeglicher Theorie nicht zu weit gefaßt werden dürfe; man müsse die Erwartungen, die (speziell auch von Politikern) an die Theorie gestellt werden durch Konzentration auf das tatsächlich Erklärbare reduzieren.

Einen breiten Raum in der Diskussion nahm schließlich noch die Frage ein, ob die Wirtschaft sich gegenwärtig in einer *international* bedingten Liquiditätsfalle befände, was dann gegebenenfalls eine Abkehr von der Geld- und ein stärkeres Hinwenden zu einer international koordinierten Fiskalpolitik bedingen würde. Diese These blieb jedoch umstritten.

Neben den Referaten wurden auf dieser Tagung des Theoretischen Ausschusses zwei Kamingespräche abgehalten, die wiederum großen Anklang fanden.

Das erste stand anläßlich des 30jährigen „Geburtstages“ des Theoretischen Ausschusses, dessen erste offizielle Tagung vom 2. - 3. Januar 1953 unter Vorsitz von Prof. Dr. E. Schneider im „Haus Ahlenberg“ (Dortmund) mit „Beiträgen zur Multiplikatortheorie“ stattfand, unter dem Motto „30 Jahre Theoretischer Ausschuß“. Anläßlich dieses Jahrestages wurde darauf hingewiesen, daß erste Vorgespräche zur Gründung eines solchen Ausschusses schon im Herbst 1950 in Bad Pyrmont geführt wurden, die eigentliche „Geschichte“ des Theoretischen Ausschusses somit schon 33 Jahre umfaßt.

In Beiträgen der Professoren Dr. G. Bombach, E. Helmstädter, R. Richter und W. Stützel wurden die 30jährige Arbeit des Theoretischen Ausschusses und das Wirken früherer Vorsitzender und Mitglieder ausführlich gewürdigt. Ein von Prof. Dr. W. Krelle kommentierter Lichtbildervortrag sowie eine umfangliche Sammlung von Fotografien gaben insbesondere den jüngeren Mitgliedern des Theoretischen Ausschusses einen umfassenden Eindruck von der Tradition dieses Ausschusses und seiner Arbeit.

Das zweite Kamingespräch über „Ethik und Wirtschaftswissenschaft“ wurde mit einem eindrucksvollen Vortrag von Prof. Dr. H. Scherf, Hamburg „Zur Ethik von John Locke und John Maynard Keynes“ eingeleitet, in dem er deren unterschiedliche ethischen Vorstellungen herausarbeitete. Während Locke eine ethische Begründung für den Kapitalismus versuche und damit eine aus „objektiven“ Werten ableitbare Rechtfertigung der ökonomischen Realität liefert, bestehe für Keynes die Hauptaufgabe der ökonomischen Theorie darin, die Agenda und Non-Agenda des Staates zu begründen. Für ihn gebe es keine übergeordneten verbindlichen Normen, die wie bei Locke jeweils auf die konkrete Situation anzuwenden seien, sondern umgekehrt nur aus der jeweiligen Situation heraus durch vernünftige Diskussion begründbare Verhaltensweisen. Speziell diese vom Vortragenden behauptete „fehlende Ethik“ bei Keynes sowie die Frage, ob überhaupt Normen in der Wissenschaft — speziell auch in der Nationalökonomie — unterzubringen seien, wurde von den Teilnehmern ausführlich diskutiert.

Ziel dieses Gespräches war es u. a. auch, mögliche Interessenten für eine Mitarbeit in einer temporären Arbeitsgruppe, deren Einsetzung vom Erweiterten Vorstand des Vereins erörtert wird, zu gewinnen. Diese Arbeitsgruppe soll die verschiedenen Aspekte des Komplexes „Ethik und Wirtschaftswissenschaft“ bzw. „Ethik und Wirtschaft“ ausleuchten. Interessierte Kollegen können sich diesbezüglich an den Vorsitzenden des Theoretischen Ausschusses, Professor Dr. H.-J. Vosgerau, Konstanz, oder an die Professoren Dr. E. Helmstädter, Münster, Dr. W. Krelle, Bonn, bzw. Dr. H. Scherf, Hamburg, wenden.

Prof. Dr. K. Jaeger, Berlin

### **Temporäre Arbeitsgruppe: Folgekosten von Entwicklungshilfeprojekten**

Die zweite Arbeitssitzung im Jahre 1982 fand vom 9. bis 11. Dezember in der Gesamthochschule Kassel statt. Auf der Tagung wurden folgende Referate gehalten und diskutiert:

Dr. *Karl Wolfgang Menck*, Hamburg: „Lösungen von Folgekostenproblemen durch Maßnahmen bei der Projektplanung und Projektauswahl.“

Bei der Festlegung des Begriffs „Folgekosten“ wird die Bedeutung des Übergabetermins herausgestellt. Es zeigt sich, daß die Planung der Projekte in den Industrieländern nicht direkt Einfluß auf die Politik der Entwicklungsländer für den Zeitraum nach der Übergabe nehmen kann.

Die Diskussion der Ansatzpunkte zur Problemlösung konzentrierte sich auf folgende Aspekte:

- bessere und weiter greifende Planungstechniken,
- Problemlösungen, die speziell in den ‚weichen‘ Sektoren notwendig sind,
- Hinausschieben der Übergabe,
- Maßnahmen zur Erhöhung der Absorptionsfähigkeit,
- Betonung liquiditäts- und rentabilitätsorientierter Kriterien bei der Projektauswahl.
- Bereitschaft der Entwicklungsländer zur Übernahme von Verpflichtungen in Verbindung mit der Folgekostenfinanzierung. Dies ist wichtig im Zusammenhang mit der Unterscheidung sich nicht selbst tragenden und sich selbst tragenden Projekten (commercial viable projects).

Prof. Dr. *Walter A. S. Koch*, Kiel: Folgekostenprobleme eines afrikanischen Entwicklungslandes — eine Fallstudie.“

Die Diskussion erfolgte auf der Grundlage eines Arbeitspapiers, das der Referent im Auftrag der Weltbank verfaßt hat. Die Konzeption des Beitrags, modellmäßig für einige wichtige Sektoren aufzuzeigen, welche finanziellen Konsequenzen sich aus der planmäßigen Realisierung des Investitionsprogramms des Entwicklungsplans des untersuchten Landes (Kamerun) ergeben, wurde von der Arbeitsgruppe gutgeheißen.

Besondere Beachtung fand in der Diskussion die Berechnung der r-Koeffizienten und ihre Aussagekraft. Hier könnte man deren Bedeutung dadurch zeigen, daß man etwa fragt, welche Programmteile (z. B. im Erziehungssektor) finanziert werden können, d. h. investiert und laufend betrieben werden können.

Dr. *Heribert Weiland*, Freiburg: „Soziale Folgekosten von Entwicklungshilfeprojekten.“

In der Entwicklungszusammenarbeit wird den komplexen sozialen Zusammenhängen in der Dritten Welt nicht genügend Rechnung getragen, insbesondere den sozio-kulturellen Unterschieden, die zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern bestehen und die als Rahmenbedingungen bei der Projektplanung und Projektdurchführung von besonderer Bedeutung sind. Daraus ergeben sich Zielkonflikte und entsprechende Widerstände bei der Zielbevölkerung, Projektmaßnahmen zu akzeptieren und eigenverantwortlich fortzuführen (Partizipation/Identifikation).

Neben den planbaren und exakt zu quantifizierenden Folgekosten können sich somit eine Vielzahl von nichtvorhersehbaren Folgewirkungen und Folgekosten ergeben, deren Bedeutung für den Gesamterfolg der Projektmaßnahme nicht unterschätzt werden sollte und denen deswegen ein höherer Stellenwert bei der Planung und Durchführung von Projekten zugerechnet werden sollte.

Der Sprecher der Gruppe legt die ersten Auswertungen der empirischen Untersuchungen über Folgekosten bei deutschen Entwicklungshilfeprojekten in Ländern der Dritten Welt vor. Die weitere Bearbeitung des Materials erfolgt durch ihn und Dr. G. Hesse.

Da die Laufzeit der Arbeitsgruppe im Mai 1983 endet, wird das Verfahren nach Abschluß der Arbeiten und die Schlußredaktion diskutiert. Die nächste und letzte Tagung soll vom 21. bis 23. April 1983 im Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg i. Br. stattfinden.

Prof. Dr. W. A. S. Koch, Kiel

### **Wirtschaftspolitische Ausschüß**

Die diesjährige Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses am 18. und 19. März in Innsbruck stand unter dem Generalthema „Nationale Wege der Inflationsbekämpfung“. Zu diesem Thema, das auf der Sitzung im nächsten Jahr fortgesetzt werden soll, waren Vertreter kleinerer europäischer Staaten eingeladen, die über die länderspezifischen Probleme und Methoden der Inflationsbekämpfung Referate aus der Sicht der politischen Praxis vortrugen. Zu den niederländischen Wegen der Inflationsbekämpfung sprach Prof. Dr. Pieter Korteweg, Staatssekretär im niederländischen Finanzministerium. Er stellte insbesondere die Problematik der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung der niederländischen Wirtschaft heraus und unterstrich die Rolle der Geldpolitik bei der niederländischen Bekämpfung der Inflationstendenzen, während eine weitere Erhöhung des Haushaltsdefizits als ungeeignet für die Bewältigung der niederländischen Wirtschaftsprobleme angesehen wurde. Sein Vortrag erhielt durch die tagespolitische Diskussion über die Neuordnung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem einen starken aktuellen Bezug. Das Korreferat trug Prof. Dr. Hartmut Berg, Universität Dortmund, vor. Als wirtschaftspolitischer Kontrast war Österreich gewählt worden. Über die in diesem Land beschrittenen Wege der Inflationsbekämpfung berichtete Prof. Dr. Hans Seidel, Staatssekretär im österreichischen Bundesministerium für Finanzen. Er unterstrich die Rolle des „Austro-Keynesianismus“ bei der Gestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik, die vornehmlich durch eine Hartwährungspolitik mit einer weitgehenden Fixierung der Wechselkurse insbesondere hinsichtlich der Deutschen Mark, durch eine Festpreisökonomie über eine institutionelle Kontrolle der Lohn- und Preisentwicklung und durch eine ergänzende, Nachfrageausfälle kompensierende Budgetpolitik gekennzeichnet ist. Das Korreferat hielt Prof. Dr. Hans-Rudolf Peters, Universität Oldenburg. Referate und Korreferate wurden ausgiebig und lebhaft von den anwesenden Mitgliedern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses diskutiert.

Auf der Mitgliederversammlung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wurde zunächst des verstorbenen Mitglieds, Prof. Dr. Dr. Nussbaumer, Staatssekretär im österreichischen Bundeskanzleramt, gedacht. Da der amtierende Vorsitzende, Prof. Dr. Artur Woll, nach vierjähriger Amtszeit nicht zur Wie-

derwahl stand, war ein neuer Ausschußvorsitzender zu wählen. Die Wahl fiel auf Prof. Dr. *Josua Werner*, Universität Stuttgart-Hohenheim, der damit auch die Organisation der nächsten Sitzung am 30. und 31. März 1984 in Freiburg übernahm. Weiterhin beschloß die Mitgliederversammlung die Aufnahme neuer Ausschußmitglieder, Prof. Dr. *Carl Christian von Weizsäcker*, Universität Bern, Prof. Dr. *Hartmut Berg*, Universität Dortmund, und Prof. Dr. *Hans-Rudolf Peters*, Universität Oldenburg. Die Mitgliederversammlung schloß mit einem Bericht des Vorsitzenden des Unterausschusses „Wettbewerb“, Prof. Dr. *Burkhardt Röper*, über die diesjährige Sitzung des Unterausschusses und mit einer Danksagung an den scheidenden Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses durch Prof. Dr. *Theodor Pütz*.

Die Referate der letzten beiden Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses 1981 in Bad Homburg und 1982 in Salzburg erscheinen demnächst in einem von Prof. Dr. Artur Woll herausgegebenen Sammelband unter dem Titel „Aktuelle Wege der Wirtschaftspolitik“ in der Verlagsbuchhandlung Duncker & Humblot.

Dr. B.-Th. Ramb, Siegen

### **Arbeitsgruppe Wettbewerb im wirtschaftspolitischen Ausschuß**

Am 16. und 17. März 1983 tagte in Innsbruck/Österreich die Arbeitsgruppe Wettbewerb unter dem Thema „Wettbewerb im Medienbereich — Probleme für den Wettbewerb aus den neuen Integrationsmöglichkeiten der Medienmärkte und ihrer Anbieter sowie ihrer Zulieferer — Gefahren der Konzentration“.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Prof. Dr. *B. Röper*, führte nach der Begrüßung der 25 Teilnehmer in die aktuelle Problematik ein. Anschließend referierte Ministerialdirektor i. e. R., Dr.-Ing. *F. Arnold*, ehem. Leiter der Abteilung ‚Fernmeldedienste‘ im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, über die Entwicklung der Massenkommunikationstechnik. Daran schloß sich nach einer längeren Diskussion das Referat von Prof. Dr. *W. Zohlhöfer* „Zur Ökonomie der Presse in der Bundesrepublik Deutschland“ an. In der folgenden Diskussion ging es insbesondere auch um die Einschätzung und Bewertung des vom Referenten vorgestellten empirischen Materials.

Der erste Beitrag des Nachmittags stand unter dem Thema „Zur Ökonomie von Rundfunk- und Fernsehanstalten“. Dr. *B. Wieland* vom Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste der Deutschen Bundespost (WIK) wies dabei u. a. auf zu erwartende Wirkungen spezieller Finanzierungssysteme von Kabelfernsehen — Pay-TV und Werbefinanzierung — unter dem Aspekt der Programmviefalt hin.

Im Anschluß der folgenden, recht intensiv geführten Diskussion sprach Prof. *James N. Rosse*, Stanford University/Calif., einer der Pioniere auf dem Gebiet der Medienökonomie, über den Medienwettbewerb in den USA. Seine Überlegungen, namentlich zum Ablauf von Wettbewerbsprozessen auf dem Markt der Printmedien, belegte er anhand informativen empirischen Materials. Die umfassende Diskussion kreiste auch um die Frage, ob und inwieweit die Erfahrungen in den USA auf deutsche Verhältnisse übertragbar sind.

Am folgenden Morgen erläuterte zunächst Prof. Dr. *E. Kantzenbach* die Vorschläge der Monopolkommission, die in dem Sondergutachten 11 „Wettbewerbsprobleme bei der Einführung von privatem Hörfunk und Fernsehen“ mit dezidierten Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten war. *Stefan Held*, Direktor im Bundesarktellamt Berlin, referierte anschließend unter dem Thema „Der Medienwettbewerb aus der Sicht des Bundeskartellamtes“. An die Vorträge schloß sich wiederum eine rege Diskussion an.

Die letzten beiden Redner beleuchteten den Metdienwettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklung neuer Medienmärkte aus verschiedenen Blickwinkeln. Dr. *K. Berg*, Justitiar des Norddeutschen Rundfunks, vertrat die These, daß sehr wohl Wettbewerb unter den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten herrsche, während Dr. *H. Lanzrath*, Geschäftsführer im Bereich „Elektronische Medien“ beim Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V., das Für und Wider lokaler Rundfunksender für die Zeitungsverleger erörterte. Eine Diskussion schloß den thematischen Teil der Tagung ab.

In der am Nachmittag stattfindenden Mitgliederversammlung wurde zunächst des verstorbenen Mitglieds der Arbeitsgruppe, Prof. Dr. Dr. *A. Nußbaumer*, Staatssekretär im Bundeskanzleramt Wien, gedacht. Der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Prof. Dr. *B. Röper*, wurde nach seinem Bericht über die Innsbrucker Tagung und den Stand der Veröffentlichungen in seinem Amte bestätigt. Als Thema der nächsten Tagung ist die Wechselwirkung von Werbung und Wettbewerb auf drei ausgewählten Märkten vorgesehen. Dabei stehen der Pharma- und der Automobilmarkt bereits fest, mit denen sich die Arbeitsgruppe schon in früheren Veranstaltungen auseinandersetzte. Als dritter Markt wurden entweder der Waschmittel- oder der Zigarettenmarkt ins Auge gefaßt.

Dr. F. Helmedag, Aachen